

Wirtschaftsminister rüttelt am Atom-Ausstieg

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) drängt auf längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und provoziert damit den Koalitionspartner. Der schlug postwendend zurück.

BERLIN. Außerdem beanspruchte Glos am Dienstag auf der Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft in Berlin die Federführung seines Ministeriums bei der Vorbereitung des von Kanzlerin Angela Merkel geplanten Energiegipfels im April. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) wies die Vorstöße zurück.

Glos sagte vor etwa 1 000 Managern aus der Energiebranche, zu einem ausgewogenen Energiemix gehörten Öl, Gas, Kohle, erneuerbare Energien und Kernenergie. Bei den Koalitionsverhandlungen habe man in der Frage der Atomenergienutzung zwar nicht den gordischen Knoten durchschlagen können. Die Koalitionsvereinbarung schließe aber eine Debatte über die Kernenergie nicht aus. Man könne in der Frage der Atomkraftwerkslaufzeiten nicht nur auf die Buchstaben des Koalitionsvertrags verweisen, sagte Glos in seiner ersten energiepolitischen Grundsatzrede.

Längere Laufzeiten würden nicht nur die Versorgungssicherheit erhöhen, sondern auch die Preisrisiken bei der Energieversorgung erheblich verringern, betonte Glos. Grundsätzlich rechnet der Wirtschaftsminister mit weiter steigenden Gaspreisen.

Schon jetzt beschäftigen die angezogenen Gaspreise das Bundeskartellamt. Am Dienstag untersagte die Behörde dem größten deutschen Versorger, Eon Ruhrgas, dessen bis zu zwanzig Jahre laufenden Verträge mit Stadtwerken.

Der Streit der Koalitionspartner über die Laufzeiten der Atommeiler hatte sich zugespitzt, nachdem Russland am Jahresanfang Gaslieferungen an die Ukraine vorübergehend gestoppt hatte. Glos hatte in den vergangenen Wochen gemeinsam mit weiteren Spitzenpolitikern der Union angeregt, die Laufzeiten der Atommeiler zu verlängern. Dagegen betonten führende SPD-Politiker, darunter Parteichef Matthias Platzeck, längere Laufzeiten kämen für sie nicht in Frage. Im Koalitionsvertrag von SPD und Union heißt es, da beide Seiten unterschiedlicher Meinung seien, gelte die von der Vorgängerregierung vereinbarte Ausstiegsregelung. Danach soll das letzte Atomkraftwerk in Deutschland spätestens 2021 vom Netz gehen. Auch Merkel hatte auf den Koalitionsvertrag verwiesen. Ein Sprecher von Umweltminister Gabriel beharrte darauf, der 2001 beschlossene Atomausstieg sei nicht verhandelbar. "Die Energiewirtschaft wusste genau, worauf sie sich einließ, als sie den Atomausstieg mit der alten Bundesregierung vereinbart hat. Es gibt keine Veranlassung, an dieser Vereinbarung etwas zu verändern." SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber sagte dem Handelsblatt, wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke fordere, verhindere Wettbewerb und Preissenkungen auf dem Energiemarkt. Die Energiebranche dagegen unterstützte Glos' Vorstoß. Längere Laufzeiten würden mittelfristig preisdämpfende Effekte haben, sagte der Chef von Vattenfall Europe, Klaus Rauscher.

Glos kündigte an, überwiegend werde sein Ministerium den Energiegipfel im April vorbereiten, auf dem die Weichen für die Energiepolitik gestellt werden sollen. Umweltminister Gabriel werde nur "in dem Maße einbezogen, in dem er zuständig ist". Kelber verwies dagegen auf die Beschlüsse der Kabinettsklausur von Genshagen. "Dort ist eindeutig festgelegt worden, dass Bundeswirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium den Gipfel gemeinsam vorbereiten." Im Bundesumweltministerium hieß es, man plane den Gipfel "in Abstimmung" mit dem Wirtschaftsministerium. Das Umweltministerium verantwortet die Bereiche erneuerbare Energien und die Atomaufsicht, das Wirtschaftsministerium ist zuständig für die konventionellen Energieträger und die Netze.

Kernaufgabe des Energiegipfels wird es nach Glos' Worten sein, der Branche verlässliche Rahmenbedingungen zu geben. Im Gegenzug verlange er belastbare Zusagen, welche Investitionen in hocheffiziente, fossil befeuerte Kraftwerke und Netze getätigt würden. "Geredet wurde auf diesem Gebiet genug, jetzt müssen Taten folgen."

Der geplante Abschied von der Kernenergie

Die meistgelesenen Artikel des Tages

[Lob der Doppelzüngigkeit »](#)

["Klagen nicht nachvollziehbar" »](#)

[Depeche Mode »](#)

Ausstieg: Im Juni 2001 einigte sich die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Energiewirtschaft auf einen geregelten Ausstieg aus der Atomenergie. Im Dezember 2001 beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der Opposition das entsprechende Gesetz. Danach sollen die Meiler eine durchschnittliche Laufzeit von 32 Jahren haben. Das letzte Atomkraftwerk in Deutschland müsste 2021 vom Netz gehen.

Abschaltungen: Als Erstes wurde im November 2003 das Atomkraftwerk Stade

abgeschaltet. Im Mai 2005 folgte der Meiler in Obrigheim. In dieser Legislaturperiode sollen vier Atomkraftwerke abgeschaltet werden: Biblis A, Biblis B, Neckar-1 und Brunsbüttel.

Attacken: Führende Unionspolitiker plädieren anders als im Koalitionsvertrag vereinbart für längere Laufzeiten der Atommeiler. Dabei stoßen sie auf den erbitterten Widerstand der SPD. Die SPD pocht darauf, dass der Atomausstieg unumkehrbar ist.

[ZEIT.DE](#) » [WIRTSCHAFT](#) »

[DEUTSCHLAND](#) | [INTERNATIONAL](#) | [WIRTSCHAFT](#) | [FEUILLETON](#) | [LITERATUR](#) | [LEBEN](#) | [REISEN](#)
[WISSEN](#) | [GESUNDHEIT](#) | [MENSCH & GESCHICHTE](#) | [BILDUNG & BERUF](#)
[WEBLOGS](#) | [ZUENDER](#) | [SPIELEN](#) | [FOTOGALERIE](#) | [DEBATTE](#)
[PREMIUM](#) | [MARKTPLATZ](#) | [AUS DER ZEIT](#) | [ARCHIV](#) | [SUCHE](#)
[ZEIT FÜR DIE SCHULE](#) | [IMPRESSUM](#) | [ZEIT-VERLAG](#) | [MEDIADATEN](#) | [PRESSE](#) | [HILFE](#) | [NEWSFEED](#) | [NURTEXT](#)

[ZUM SEITENANFANG](#) 